

# Resolution

**des Kreis- und Umweltausschusses  
des Landkreises Ahrweiler  
vom 22.08.2011**

## **zur möglichen Verlagerung des Bundesverteidigungsministeriums nach Berlin**

**Der Kreis- und Umweltausschuss des Landkreises Ahrweiler beschließt sich der redaktionell geänderten, unten aufgeführten, Resolution des Rhein-Sieg-Kreises anzuschließen und diese – ergänzend zur Resolution vom Dezember 2010 – an den neuen Verteidigungsminister Thomas de Maizière weiterzuleiten.**

Die vom ehemaligen Verteidigungsminister zu Guttenberg eingesetzte Strukturkommission hatte in ihrem Bericht, der am 26.10.2010 der Öffentlichkeit vorgestellt worden war, unter anderem die komplette Verlagerung des Verteidigungsministeriums nach Berlin empfohlen. Der damalige Minister hatte dem entgegen die Einhaltung des Berlin-Bonn-Gesetzes zugesagt.

Der Landkreis Ahrweiler erwartet, dass auch der amtierende Verteidigungsminister Thomas de Maizière unter Beachtung des Berlin-Bonn-Gesetzes am ersten Dienstsitz seines Ministeriums in der Bundesstadt Bonn festhält. Darüber hinaus wird erwartet, dass an den Bundeswehrstandorten im Landkreis Ahrweiler, insbesondere am Zentrum strategische Aufklärung mit Sitz in Grafschaft-Gelsdorf, festgehalten wird. Das heißt, dass weder der Standort verlagert, noch Personal abgebaut wird.

Denn die Kernaussage des Bonn-Berlin-Beschlusses vom 20. Juni 1991 ist die dauerhafte und faire Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn mit der Maßgabe, dass die überwiegende Zahl an Arbeitsplätzen der Regierung in Bonn verbleibt. Ein Komplettumzug des Bundesministeriums der Verteidigung nach Berlin hätte unweigerlich zur Folge, dass auch die übrigen in der Bundesstadt Bonn mit erstem Dienstsitz in Bonn verbliebenen Ministerien ihren ersten Dienstsitz nach Berlin verlagern würden (Dominoeffekt). Damit würde auch die Beachtung der weiter bestehenden Regelung, wonach jedes Ressort bis zu 25 % seiner Mitarbeiter am jeweiligen zweiten Dienstsitz beschäftigt, gefährdet.

Bei einer Komplettverlagerung aller Ministerien nach Berlin ist fest damit zu rechnen, dass auch die noch in der Region ansässigen Organisationen und Verbände, die mit den in der Bundesstadt Bonn verbliebenen Ministerien Kontakte pflegen, samt ihren Mitarbeitern nach Berlin umziehen. Diese Sogwirkung würde zahlreiche Organisationen sowie nationale und internationale Einrichtungen betreffen. Damit würden viele Arbeitsplätze in der Region betroffen sein und viele tausend Menschen müssten mit ihren Familien ihren Wohnsitz nach Berlin verlagern. Damit verbunden wäre ein beachtlicher Kaufkraftverlust für die Region.

Der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Herr Kurt Beck, und die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Frau Hannelore Kraft, werden gebeten, sich ebenfalls im Sinne der vorstehenden Erklärung einzusetzen.